

Atomkraft

FDP

„Zur klimaneutralen Grundlastversorgung mit Strom werden wir auf absehbare Zeit weiterhin sichere Kernkraftwerke als Brückentechnologie benötigen. Wir haben den rot-grünen Beschluss, die Kernsicherheits- und Entsorgungsforschung in Nordrhein-Westfalen aufzugeben, im Interesse von Mensch und Umwelt korrigiert.“ (S.36)



Jürgen Rüttgers (CDU)
Ministerpräsident NRW

„Ich bin für eine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke.“

Quelle:
Jürgen Rüttgers im Gespräch mit der Bildzeitung, zitiert nach http://www.welt.de/politik/article211135/Gruene_drohen_mit_neuer_Anti_Atom_Bewegung.html
Stand: 15.4.2010

CDU

„Wir wissen, dass wir unseren Energiebedarf nur durch einen breiten Energiemix decken können.“ (S.22)

Grüne

„Mit der Urananreicherungsanlage Gronau und dem Brennelementezwischenlager in Ahaus befinden sich in NRW allerdings zwei wichtige Glieder der atomaren Brennstoffkette. Deren Betrieb wollen wir so schnell wie möglich beenden.“ (S.41f)
„Wir wollen (...) den Ausstieg aus der Atomenergie.“ (S.44)



Andreas Pinkwart (FDP)
Forschungsminister und Spitzenkandidat

„Ich möchte, dass Nordrhein-Westfalen sich beteiligt an der Entwicklung von Reaktoren der IV. Generation.“

Quelle:
<http://www.uni-protokolle.de/nachrichten/id/129007/>
Stand: 15.4.2010

Atomkraft

Linke

„Keine Atomtransporte, für den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie. Keine Lagerung von Atommüll in Ahaus, die Urananreicherungsanlage in Gronau muss stillgelegt werden.“ (S.29)
„Atomenergie ist keine »Brückentechnologie«. Im Gegenteil, unflexible Großkraftwerke, ob Atom oder Kohle, behindern den Systemwechsel zu dezentralen Strukturen und schnell reagierenden Systemen. Klimaschutz ist auch deshalb kein Argument für die Nutzung der Atomenergie. Aufgrund der ungeklärten Endlagerfrage und der immensen Risiken beim Betrieb von Atomanlagen setzt sich DIE LINKE. NRW deshalb für einen sofortigen Atomausstieg ein.“ (S.28)

SPD

„Wir halten in NRW am Atomausstieg fest. Längere Laufzeiten sind ein Investitionshemmnis für unser Land, weil sie den Ausbau der erneuerbaren Energie massiv gefährden und eine Modernisierung von Kraftwerksparks verhindern. Wir werden auch keinen Neubau von Atomkraftwerken in NRW zulassen.“ (S.9)



Hannelore Kraft (SPD)
Spitzenkandidatin

„Natürlich sei die SPD für den Ausstieg aus der Atomkraft. (...) Erneuerbare Energien müssten ausgebaut werden, jedoch könnten diese nie die komplette Energieversorgung abdecken, deshalb müssten auch Kohlekraftwerke neu gebaut werden. Die deutsche Kraftwerkstechnik sei zudem ein wichtiges Exportgut.“

Quelle: Kraft im Interview mit der evangelischen Frauenhilfe in Westfalen e.V., zitiert nach http://www.frauenhilfe-westfalen.de/videos/aktuell_226.html
Stand: 15.4.2010

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umwelterstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich, politisch und finanziell unabhängig und nimmt keine Gelder von Regierungen, Parteien oder der Industrie.

Wahlkompass NRW



© Greenpeace

Am 9. Mai 2010 entscheiden Sie nicht nur über die neue NRW-Landesregierung, sondern damit auch über die Entwicklung der Umweltpolitik in NRW.

Greenpeace hat die Wahlprogramme der Parteien zur Landtagswahl analysiert und stellt hier die wichtigsten Aussagen der Parteien zu den Themen Atomkraft, Klimaschutz sowie Erneuerbare Energien vor.

Mehr Infos unter:
Mehr zur Kampagne erfahren Sie hier:
www.greenaction.de → Kampagne: Aussteigerland NRW

Alle Wahlprogramme finden Sie auf den Webseiten der Parteien.

Impressum

Greenpeace-Gruppen in Nordrhein-Westfalen (Aachen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln, Krefeld, Münster, Siegen, Wuppertal); Druck: edp, Virchowstr. 12, 22767 Hamburg; V.i.s.d.P. Thomas Schmidt, Greenpeace Köln, Arndtstraße 12, 50676 Köln
koeln@greenpeace.de www.greenpeace.de/koeln

GREENPEACE

Erneuerbare Energien

Grüne

„Wir Grünen fordern, dass NRW seine Anstrengungen beim Ausbau der dezentralen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien deutlich steigert.“ (S. 37)

„Um das Ziel zu erreichen, müssen vor allem die Höhenbeschränkungen aufgegeben werden, wie sie heute in NRW vielerorts vorhanden sind. Die Entscheidung über die Windkraftkonzentrationsflächen soll bei den Kommunen bleiben, aber unsinnige Restriktionen durch die Landesregierung, wie die grundsätzliche Ausweisung von Wald als Tabuzone, müssen aufgehoben werden. Der Vorrang für erneuerbare Energien muss wieder im Landesplanungsrecht fortgesetzt werden.“ (S. 38)

Linke

„Eine radikale Wende hin zu 100 Prozent heimischen erneuerbaren Energien im europäischen Energienetz ist die Investition in ein ökologisches und friedliches 21. Jahrhundert.“ (S. 29)

„Wir setzen auf optimale Energieeinsparung, die massive Förderung regenerativer Energien wie Solar-, Wind- und Wasserenergie sowie Geothermie und Biogas. Für eine Übergangszeit sind Gaskraftwerke verstärkt zu nutzen und alle Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung zu betreiben.“ (S. 28-29)

„Ich bin strikt gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke. Wichtig ist, die Förderung regenerativer Energien voranzutreiben. Wir benötigen Solar-, Wasser- und Windenergie und Biogas sowie Geothermie.“



Wolfgang Zimmermann (Linke)
Spitzenkandidat

Quelle: <http://www.bund-nrw.de/nc/kandidatinnencheck/?candidate=1502>
Stand: 15.4.2010

CDU

„Die Erneuerbaren Energien haben in NRW das Potenzial, unsere Energieversorgung nachhaltig und wirtschaftlich zu sichern. Im Windenergiebereich geht es vor allem um den Ersatz vieler alter durch weniger neue und effizientere Windkraftanlagen.“ (S. 21)

SPD

„Jetzt gilt es, Hemmnisse für den Ausbau erneuerbarer Energien abzubauen. Dazu werden wir ein Programm »1 Million Dächer Solarthermie« auflegen.“ (S. 26)

„Wir werden dem Ersetzen alter Windenergieanlagen durch modernere und effizientere Anlagen, dem sogenannten »Repowering« von Windenergieanlagen in NRW zum Durchbruch verhelfen und Hemmnisse des Windkraftausbaus beseitigen.“ (S. 26f)

FDP

„Neben der Anwendung brauchen wir vor allem auch Forschung, insbesondere für Speichertechnologien. (...) Windkraftanlagen wollen wir nur dort, wo ein ausreichender Wirkungsgrad gesichert und die Akzeptanz vor Ort gewährleistet ist. Unter diesen Bedingungen ist auch Repowering möglich. Wir sehen in Projekten wie DESERTEC, der Erzeugung von Solarstrom in der Sahara, Chancen zur wirtschaftlichen Nutzung der Erneuerbaren Energien.“ (S. 34)

Klimaschutz

Linke

„Wenn Deutschland das erste Klimaschutzziel mit der Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020 erreichen will, müssen unverzüglich neue Rahmenbedingungen geschaffen werden.“ (S.28)

- Die Vergesellschaftung der Stromnetze (...) den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie
- Den schnellstmöglichen Stopp des Braunkohleabbaus und die Stilllegung der Braunkohlekraftwerke sowie mittelfristig den Ausstieg aus der Steinkohleverstromung.“ (S.29)

CDU

„Bis 2020 werden wir damit die CO2-Emissionen Nordrhein-Westfalens um 81 Mio. Tonnen reduzieren. Das sind rund 44 Prozent des Einsparvolumens, das die Bundesregierung bis 2020 anstrebt.

Klimaschutz ist eine große Chance für effiziente und regenerative Umwelttechnologien. Einseitige Emissionsbeschränkungen führen zu einer unverhältnismäßigen Belastung besonders energieabhängiger Branchen. Deshalb setzen wir auf eine Ausdehnung verbindlicher Standards über Europas Grenzen hinaus.“ (Kurzprogramm S. 22)

Klimaschutz

FDP

„Die FDP steht zur »Energie- und Klimaschutzstrategie NRW«. Durch vielfältige Maßnahmen wollen wir den CO2-Ausstoß bis 2020 um 33 Prozent senken und somit einen Anteil von 44 Prozent an den Reduktionszielen des Bundes leisten.“ (S. 35)

„Die FDP will das energiesparende und damit kostengünstige Wohnen stärker fördern. Die energetische Gebäudesanierung gehört zu den wirksamsten Maßnahmen, um Energie zu sparen. Sie birgt damit ein hohes Potential zum Erreichen unserer Klimaschutzziele.“ (S.58)

SPD

„Da NRW für ca. 38 % der bundesweiten CO2-Emissionen verantwortlich ist, müssen wir beim Klimaschutz Vorreiter werden. Ohne NRW kann Deutschland seine Klimaschutzziele nicht erreichen. Die letzten Jahre waren aber für den Klimaschutz verlorene Jahre: In NRW sind von 2005 bis 2007 die CO2-Emissionen um ca. 2,4 % gestiegen. Diesen Trend werden wir entschlossen umkehren.“ (S. 25)

„Wir werden hocheffiziente und klimafreundliche Kohlekraftwerke fördern. Deshalb sollen diejenigen Zuschüsse aus den Einnahmen des Emissionshandels erhalten können, die in neue hocheffiziente Kraftwerke, weitestgehend mit Kraft-Wärme-Kopplung, investieren. Wir fordern aber auch von den Betreibern die Realisierung klimaschonender Kohlekraftwerke mit CO2-Abtrennung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage - CCS).“ (S. 26)

Grüne

„Wir wollen:

- in der Energiepolitik alle Zeichen auf die »Drei-E-Strategie« setzen (Erneuerbare, Effizienz, Energiesparen); (...)
- ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG) nach Baden-Württemberg Vorbild, damit Klimaschutztechnik auch in Altbauten zum Einsatz kommt; (...)
- den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung als eine der zentralen Herausforderungen der Landespolitik zur Erreichung der Klimaschutzziele und wollen deren Anteil bis 2020 von jetzt zehn auf 33 Prozent steigern“ (S.44)



Sylvia Löhrmann (Grüne)
Spitzenkandidatin

„Über zehn Jahre hinweg sollen so Jobs geschaffen, Energiekosten gesenkt und der Klimawandel bekämpft werden. Dadurch können in NRW 100 000 neue zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen.“

Quelle: <http://www.sinsheim-net.de/index.php/politik/6532-parteien-wollen-reformen-bei-bildung-und-umwelt>
Stand: 15.4.2010